Deutscher Bundestag
3. Wahlperiode

Drucksache 1732

Antrag

der Abgeordneten Dr. Wahl, Dr. Harm, Dr. Mende und Genossen

betr. **Zusatzprotokoll zur Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten**

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird ersucht,

entsprechend der von der Beratenden Versammlung des Europarates am 22. Januar 1960 angenommenen Empfehlung 234 betr. ein zweites Zusatzprotokoll zur Konvention der Menschenrechte*) im Ministerkomitee des Europarates auf die baldige Einberufung eines Sachverständigenausschusses hinzuwirken, der auf der Grundlage des der Empfehlung 234 beigefügten Entwurfs den endgültigen Text eines zweiten Zusatzprotokolls zur Konvention der Menschenrechte ausarbeitet, in dem gewisse bürgerliche und politische Rechte geschützt werden sollen, die in der Konvention selbst und in ihrem ersten Zusatzprotokoll noch nicht berücksichtigt werden konnten.

Bonn, den 18. März 1960

Dr. Wahl
Dr. Harm
Dr. Mende
Bauer (Würzburg)
Fürst von Bismarck
Blachstein
Corterier
Erler
Even (Köln)
Dr. Furler
Gerns
Heye
Höfler
Frau Dr. Hubert
Dr. Jaeger
Dr. Kliesing (Honnef)
Dr. Kopf
Lücker (München)
Frau Dr. Maxsein
Dr. Meyer (Frankfurt)
Paul
Frau Dr. Rehling
Frau Renger
Dr. Schmid (Frankfurt)
Schütz (München)
Dr. Serres
Frau Dr. h. c. Weber (Essen)
Wienand
Dr. Zimmer

*) *siehe Anlage umseitig*

Druck: Buchdruckerei Peter Meier, Buisdorf/Siegburg
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger,
Bad Godesberg, Goethestraße 54. Telefon 35 51

Anlage

Empfehlung 234 (1960) betr. ein zweites Zusatzprotokoll zur Konvention der Menschenrechte

(Kurze Inhaltsangabe)

Die Versammlung stellt fest, daß in die am 4. November 1950 unterzeichnete Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten nur ein Teil der in der Menschenrechtserklärung der Vereinten Nationen genannten Rechte aufgenommen wurde und daß eine Ergänzung durch weitere Grundrechte in ihrer Präambel vorgesehen ist; sie legt dem Ministerkomitee des Europarates den Entwurf eines zweiten Zusatzprotokolls zur Konvention der Menschenrechte vor, in dem unter anderem das Recht auf freie Wahl des Wohnsitzes und der Schutz vor Zwangsausbürgerung garantiert werden soll. Die Versammlung empfiehlt, einen Sachverständigenausschuß mit der Ausarbeitung des Zusatzprotokolls auf der Grundlage des der Empfehlung 234 beigefügten Entwurfs zu beauftragen.